



I M R A T H A U S

Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

An die
lokalen Medien

07.12.01

PRESSEERKLÄRUNG

Überprüfung von Verwaltungsstrukturen statt Streichung notwendiger Angebote

Die Schließung der "Beratungsstelle für Behinderte und chronisch Kranke" im Gesundheitsamt wird von der Verwaltung als eine der haushaltkonsolidierenden Maßnahmen vorgeschlagen. Mit der Einstellung der Beratungstätigkeit soll für das Gesundheitsamt eine jährliche Kostenersparnis von rund 320.000 DM verbunden sein.

Begründet wird der Sparvorschlag von Seiten der Verwaltung mit gesetzlichen Änderungen im Rahmen des Sozialgesetzbuches IX: Nach dem Willen des Gesetzgebers sind Rehabilitationsträger künftig verpflichtet, eine Beratung über ihre Leistungen in einer sog. "Servicestelle" anzubieten. Wie und in welchem Umfang die Rehabilitationsträger dieses Beratungsangebot über ihre Leistungen in Dortmund umsetzen werden, ist nach dem derzeitigen Sachstand jedoch offen. Das zukünftige trägerabhängige Angebot der Servicestellen ist zudem nicht mit der Beratung im Gesundheitsamt zu vergleichen und insofern auch nicht zu ersetzen:

Die Beratungstätigkeit der MitarbeiterInnen im Gesundheitsamt ist anbieterunabhängig und ganzheitlich. Betroffene und ihre Angehörigen werden nicht nur bei der Umsetzung ihrer Leistungsansprüche sondern auch bei der Bewältigung ihres Lebensalltages unterstützt.

Bündnis 90/ Die Grünen haben ebenso wie der "Aktionskreis der behinderte Mensch" in der vergangenen Sitzung des Sozialausschusses deutlich gemacht, dass eine Streichung der Beratungstätigkeit der Stadt mit erheblichen Härten für die von einer Behinderung betroffenen Menschen in Dortmund verbunden wäre.

Bündnis 90 / Die GRÜNEN werden die ersatzlose Streichung der Beratungsstelle bei den diesjährigen Haushaltsentscheidungen nicht mittragen. Statt die Beratungstätigkeit des Amtes mit dem Verweis auf eventuell kommende Angebote anderer Träger aufzugeben, schlagen die GRÜNEN vor, die Beratungsstelle zu erhalten und die Beratungstätigkeit nach SGB IX, die die Stadt künftig ebenfalls im Bereich des Sozialamtes und des Jugendamtes wird erbringen



IM RATHAUS

Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

müssen, der Beratungsstelle für Behinderte zu übertragen. Strukturelle Einspareffekte innerhalb des Gesundheitsamtes wollen die GRÜNEN durch eine Kooperation zwischen Gesundheitsamt und Sozialamt erzielen.

In den vergangenen Jahren hat das Gesundheitsamt im Zuge von Einsparungen und Aufgabenkritik etwa 30% seiner Aufgaben verloren. Es hat jedoch kein jedoch kein paralleler Abbau in der Hierarchie der Amtsleitung stattgefunden. Wir sind der Auffassung, dass eine Überprüfung der zahlreichen Schnittstellen zwischen Gesundheitsamt und Sozialamt mit dem Ziel einer optimierten Aufgabenerledigung sowie eine Anpassung der Amtsstruktur an den reduzierten Aufgabenbereich des Gesundheitsamtes kostenwirksame Synergieeffekte innerhalb des Gesundheitsamtes erbringen wird. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN halten es sozialpolitisch für nicht vertretbar, wichtige Aufgaben zu streichen statt Einsparpotentiale innerhalb der Verwaltung selbst zu realisieren.